

1 **Unser Land bleibt tolerant!**

2 **Antirassismus-Resolution GRÜNE JUGEND NRW**

3 **beschlossen bei der LMV in Düsseldorf am 10. April 2005**

4

5

6 **Rechtsextremismus gemeinsam bekämpfen!**

7 Schockierend waren für uns alle die Erfolge der rechtsextremen Parteien bei den
8 Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen und bei den Kommunalwahlen in
9 NRW. Über 100 Mitglieder rechtsextremer Organisationen sitzen in unserem
10 Bundesland in den Kommunalparlamenten und agitieren mit fremdenfeindlichen
11 Anträgen und menschenverachtender Rhetorik.

12 Die Wahlergebnisse haben wachgerüttelt und auch den Letzten deutlich gemacht,
13 wie akut die Gefahr von rechts ist. 60 Jahre nach Kriegsende gibt es in Deutschland
14 zu viele Unverbesserliche, die nichts gelernt haben aus der deutschen
15 Vergangenheit. Und die rechten Parteien sind keine kleinen Splittergruppen mehr,
16 sie haben mittlerweile stabile Parteiapparate aufgebaut und sind nahezu
17 flächendeckend aktiv.

18 Laut dem aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes NRW ist die Zahl der
19 rechtsextremistischen Straftaten um insgesamt 23 Prozent, die der Gewalttaten um
20 17 Prozent gestiegen. Bestürzende Zahlen, die ein kompromissloses Vorgehen von
21 Polizei und Staatsschutz gegen braune GewalttäterInnen erfordern.

22

23 **Flagge zeigen gegen Rechts!**

24 Wo sie auch auftauchen, immer und überall muss den Rechten gezeigt werden, dass
25 sie nicht willkommen sind: In Parlamenten, auf der Straße, im Wahlkampf und
26 besonders dann, wenn sie ihr Propagandamaterial vor Schulen verteilen.

27 Wir müssen alles dafür tun, dass Fremdenhass, Antisemitismus und rechte Gewalt
28 keine Zukunft haben! Deshalb ist die Grüne Jugend NRW bei Protestaktionen und
29 Gegendemos vorne mit dabei und wird ihre Mitglieder aktiv über Aktionen gegen
30 Rechts informieren und zu Aktionen aufrufen.

31 NRW braucht einen gesamtgesellschaftlichen Protest gegen Rechtsextremismus und
32 braune Gewalt. Alle DemokratInnen müssen dabei zusammenarbeiten – die GRÜNE
33 JUGEND begrüßt daher die gemeinsame Anti-Rechts-Aktion der Jugendverbände
34 der im Landtag vertretenen Parteien.

35 Lange Zeit verteilten sich die Rechten politisch auf mindestens drei Parteien – für die
36 Demokratie eine durchaus glückliche Situation, denn so drohte selten ein Einzug in
37 die Parlamente. Doch diese Zeiten sind vorbei: DVU und NPD, die bisher große
38 programmatische Unterschiede zwischen ihren Gruppierungen sahen, sprechen sich
39 bei Wahlen ab und planen gemeinsame Listen. Auf die organisatorische Unfähigkeit
40 der rechtsextremen Parteien kann die Demokratie also nicht mehr zählen. Die
41 Gefahr, die von diesem bewusst rechtsextremen Establishment ausgeht, muss ernst
42 genommen werden.

43

44 **Perspektiven aufzeigen!**

45 Viele wählen rechtsextrem, um ihren Protest auszudrücken. Sie haben kein
46 Vertrauen mehr in die etablierten Parteien, sie fühlen sich alleine gelassen und zu
47 wenig eingebunden. Die Massenarbeitslosigkeit, die sich immer weiter öffnende
48 Schere zwischen Arm und Reich und der chronische Lehrstellenmangel führen bei
49 vielen zu einem Gefühl der Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit. Dazu kommt die
50 schlechte Kommunikation der Bundesregierung in Zeiten der Wirren um Hartz IV.
51 Doch seinen Protest mit einem Kreuzchen rechtsaußen auszudrücken ist die
52 denkbar schlechteste Möglichkeit dafür! Die demokratischen Parteien – auch die
53 Grünen - müssen an sich arbeiten, um wieder vertrauenserweckend und glaubwürdig
54 zu werden. Wir dürfen die Menschen mit ihren Existenzängsten nicht alleine lassen!
55 Wer sich eingebunden und gebraucht fühlt, ist nicht so anfällig für die falschen
56 Versprechen rechter Demagogen. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, gegen Armut
57 und wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit ist auch ein Kampf gegen Rassismus und
58 Fremdenfeindlichkeit.

59 Auch müssen sich die etablierten Parteien bemühen, demokratische Werte wieder
60 besser zu vermitteln. So dürfen sie die politische Jugendarbeit vor Ort nicht den
61 Rechtsextremen überlassen, wie es in manchen Regionen in Ostdeutschland der Fall
62 ist. Verhältnisse, in denen das einzige Freizeitangebot für Jugendliche ein NPD-
63 Fußballturnier ist, darf es in NRW nicht geben. Demokratische Parteien müssen
64 selbst stärker öffentlich in Erscheinung treten und den vopolitischen Raum wieder
65 zurückerobern. Die Festschreibung der Landesförderung der offenen Kinder- und
66 Jugendarbeit mit dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz ist ein begrüßenswerter
67 Schritt. Jedoch gibt es hier, auch in Zeiten knapper Kassen, Ausbaubedarf für die
68 präventiv wirkende Arbeit.

69

70 **NPD politisch bekämpfen!**

71 Die Grüne Jugend NRW hält unter den gegebenen Voraussetzungen ein Verbot der
72 NPD nicht für sinnvoll und fordert stattdessen die offensive politische
73 Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen. Dennoch bleibt festzustellen: Die NPD
74 ist verfassungsfeindlich; führende FunktionärInnen fordern eine Rückkehr zum
75 Dritten Reich und bezeichnen Hitler als großen Staatsmann. Es ist nicht
76 hinzunehmen, dass strafrechtlich verfolgbare, geschichtsverzerrende und
77 fremdenfeindliche Äußerungen der NPD-Mitglieder nicht verfolgt werden können,
78 weil sie in Parlamenten Immunität und Indemnität genießen.

79 Die Grüne Jugend NRW will eine nachhaltige Strategie gegen Rechts, wir wollen
80 fremdenfeindliches, revisionistisches und sozialdarwinistisches Gedankengut von
81 Grund auf bekämpfen. Wir sind der Auffassung, dass dabei die Bildung gegen
82 Rechts eine wichtige Rolle spielt. Unsere Demokratie ist stark genug, politisch mit
83 der braunen Gefahr fertig zu werden. Sie sollte sich argumentativ mit der NPD
84 auseinandersetzen, diese damit bloßstellen und ihre Politik als gefährlichen
85 Populismus entlarven.

86

87 **Braune Machenschaften konsequent aufdecken!**

88 Auch dürfen die Medien nicht versuchen, die Rechten durch konsequente
89 Nichtbeachtung totzuschweigen. Nur wenn über ihre Machenschaften und Ansichten
90 berichtet wird, geht man mit einer solchen Gefahr verantwortungsbewusst um und
91 kann die Öffentlichkeit sensibilisieren. Dies muss auch dauerhaft geschehen, der
92 Blick darf nicht allein auf spektakuläre Bilder gerichtet sein.

93 Naziseiten im Internet lassen sich nicht abschalten – eine Kontrolle im weltweiten
94 Internet ist nicht möglich. Auch beim Kampf gegen den „Digitalen
95 Nationalsozialismus“ setzen wir auf Medienkompetenz und Bildung, anstatt auf
96 Zensur. Eine Möglichkeit sind Angebote wie hagalil.com, wo jedeR unkompliziert
97 Seiten mit rechtem Gedankengut melden kann.

98

99 **Keine Zuschüsse kürzen!**

100 Rechtsextremen AktivistInnen muss immer eine Ausstiegsmöglichkeit offen gehalten
101 werden. Niemand darf das Gefühl haben, nicht mehr zurück zu können und deshalb
102 bei den Rechten bleiben zu müssen. Für ein Umdenken ist es nie zu spät!

103 Aussteigerprogramme sind notwendig, Gelder dafür dürfen genauso wenig gekürzt
104 werden wie für Opferbetreuungs- und Aufklärungsprogramme. Als das Thema
105 Rechtsextremismus im Jahr 2000 monatelang die Schlagzeilen beherrschte und der
106 Kanzler nach einem Aufstand der Anständigen rief, wurden viele Anti-Rechts-
107 Initiativen und -vereine in Deutschland mit zusätzlichen Fördermitteln bedacht.
108 Danach wurden sie leider vielerorts wieder gekürzt. Doch Rechtsextremismus tritt
109 nicht nur phasenweise auf, sondern dauerhaft – und er muss dauerhaft bekämpft
110 werden. Zu begrüßen wäre es, wenn diese Initiativen und Vereine von einer mit
111 ausreichend Stiftungskapital bedachten Bundesstiftung gefördert würden. Die
112 Initiativen hätten so Planungssicherheit und müssten nicht bei jeder
113 Haushaltsberatung um ihre Arbeit fürchten.

114

115 **Multi-Kulti statt Leitkultur!**

116 Ressentiments gegen AusländerInnen und andere Kulturen gibt es auch bis tief in
117 das konservative, kleinbürgerliche Milieu hinein. In jedem Wahlkampf versuchen
118 Union und – seit einigen Jahren – auch die FDP, Stimmen bei denen zu gewinnen,
119 die unter der großen kleinbürgerlichen Krankheit leiden: der Angst vor allem
120 Fremden. Sie stehen auf Althergebrachtes, fürchten fremde kulturelle Einflüsse und
121 sind nicht bereit, etwas zu akzeptieren, was anders ist. Auf Menschen aus anderen
122 Ländern, auf andere Kulturen, auf andere Religionen reagieren sie nicht mit
123 Neugierde und Offenheit, sondern mit Abschottung und Abgrenzung. Die
124 bürgerlichen Parteien bedienen diese Gefühle breitwillig, indem sie diffuse deutsche
125 Werte feiern und von MigrantInnen die Unterwerfung unter starre und
126 althergebrachte Wertvorstellungen fordern. Die Konservativen verlangen Anpassung
127 und bieten im Gegenzug keinerlei Interesse, keinerlei Neugierde und keinerlei
128 Einfühlungsvermögen. Wer MigrantInnen so zeigt, wie unerwünscht sie sind, der darf
129 sich nicht über mögliche Integrationsprobleme wundern. Hilfreich ist es aber, wenn
130 kostenlose Sprachkurse für MigrantInnen angeboten werden. Die Teilnahme an
131 diesen Sprachkursen muss auf Freiwilligkeit basieren. Besonders Kinder und
132 Jugendliche sollen ermuntert werden, die deutsche Sprache zu erlernen. Hier
133 müssen auch die Schulen geeignete Angebote schaffen.

134 Eine deutsche Leitkultur gibt es nicht und darf es auch nicht geben. JedeR soll,
135 solange sie / er damit nicht die demokratische Grundordnung verletzt, ihre / seine
136 kulturelle Identität behalten können und trotzdem voll in unsere Gesellschaft integriert

137 werden. Neue Einflüsse haben noch keiner Gesellschaft geschadet, im Gegenteil,
138 sogar jede vorangebracht, in kultureller wie in wirtschaftlicher Hinsicht.

139

140 **Deutschland braucht Zuwanderung – nicht nur aus ökonomischen Gründen!**

141 Deutschland ist ein Einwanderungsland – und das schon seit Jahrzehnten.

142 AusländerInnen steuern inzwischen fast sechs Prozent zum deutschen

143 Bruttoinlandsprodukt bei. Ihre Steuern und Beiträge an die sozialen

144 Sicherungssysteme übersteigen bei weitem die Beträge, die sie an Sozialleistungen
145 erhalten.

146 Deutschland braucht Zuwanderung, denn nur so kann die demografische

147 Entwicklung verlangsamt und der Arbeitskräftemangel in Wirtschaftsbereichen wie

148 der IT-Branche oder der Gesundheitsversorgung behoben werden. Doch

149 Deutschland braucht Zuwanderung nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern

150 kann sie auch in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht als Bereicherung gut
151 gebrauchen!

152

153 **Liebe CDU: Multi-Kulti ist nicht gescheitert!**

154 Denn auch wenn die Union immer das Gegenteil behauptet: Die multi-kulturelle

155 Gesellschaft ist nicht gescheitert. Ihre Zeit hat gerade erst begonnen. Jedes fünfte

156 Kind hat mittlerweile einen Migrationshintergrund, jede sechste Ehe ist binational und

157 die Tendenz ist steigend. Die Globalisierung macht auch vor den Familien nicht halt.

158 Ein offenes, tolerantes Zusammenleben baut Brücken zwischen Menschen mit

159 verschiedenen kulturellen Hintergründen. Es ist eine Tatsache, dass in Gebieten mit

160 der geringsten Zahl an AusländerInnen die Rechtsextremen besonders viele

161 Stimmen bekommen. Außerdem haben AusländerInnen in den Stadtvierteln, in

162 denen sie fast alleine leben, die meisten Integrationsschwierigkeiten. Das zeigt doch:

163 Mit Erfahrungen haben gegenseitige Ressentiments nichts zu tun. Bei fehlendem

164 Kontakt wird die Meinungsbildung auf Klischees gestützt. Nur durch gegenseitiges

165 Kennen- und Schätzenlernen können Vorurteile ab- und Vertrauen aufgebaut

166 werden!

167

168 **Die GRÜNE JUGEND NRW Jugend setzt sich ein für einen dauerhaften Kampf**

169 **gegen Rechtsextremismus. Fremdenhass, Antisemitismus und rechte Gewalt**

170 **dürfen und werden in NRW keine Zukunft haben!**